

KONSUMENTENSTIMME

Fakten, Zahlen und Hintergründe

Editorial

Ökonomie



Felix Schneuwly, Head of Public Affairs

Die Corona-Krise hat uns trotz Epidemiegesetz, Pandemieplan und Bericht Zeltner auf dem falschen Fuss erwischt. Der Bundesrat hat zu Beginn der Krise vieles richtig gemacht – trotz dünner Datenlage. Ob der Lockdown tatsächlich nötig gewesen ist, obwohl die Infektionsraten bereits gegen eins tendierten, ist noch offen. Diejenigen, die den wirtschaftlichen Schaden des Lockdowns mit gewonnenen Lebensjahren rechtfertigen, irren sich ebenso wie diejenigen, die mit derselben Überlegung ausrechnen, wie viel uns ein gewonnenes Lebensjahr kostet oder höchstens kosten dürfte. Es geht nicht um den Trade-Off Gesundheit versus Wohlstand. Der Wohlstand ist die Hauptursache unserer steigenden Lebenserwartung und zunehmenden Lebensqualität. COVID-19 beeinträchtigt sowohl die Lebenserwartung als auch die Lebensqualität entweder direkt oder indirekt durch die Wirtschaftskrise.

Laut einem Extremszenario der ETH könnte eine zweite Welle 5'000 und mehr Tote fordern, wenn sich insbesondere die jungen Erwachsenen nicht mehr an die BAG-Empfehlungen halten. Marcel Tanner, Epidemiologe an der Uni Zürich und Mitglied der Swiss National Covid-19 Science Taskforce, prognostiziert keine zweite flächendeckende Welle, sondern immer wieder aufflackernde Infektionsherde, die gut bekämpft werden könnten. Rückblickend hält er fest: «Der starke Rückgang der Zahl infizierter und an Covid-19 verstorbener Personen ist vor allem dank den Grundmassnahmen Handhygiene und Distanzhalten möglich gewesen.»

Ich wünsche eine angenehme Lektüre der Beiträge der Comparis-Experten über die Corona-Krise.

Wenn alle sparen, geht die Wirtschaft baden

«Spare in der Zeit, so hast du in der Not» – diese Volksweisheit gereicht der Schweiz nun zum Vorteil. Der Bund kann aus dem Vollen schöpfen und unsere Wirtschaft am Leben erhalten. Doch auch die helvetischen Finanzressourcen sind endlich.

Frédéric Papp. Durch die ökonomische Brille betrachtet, stellt sich die Frage: Was ist teuer? Das Coronavirus mehr oder weniger gewähren lassen oder mit drastischen Massnahmen – Stichwort Lockdown – einzudämmen versuchen. Die Politik hat sich für Letzteres entschieden und zwingt die bereits vor der Corona-Pandemie angeschlagene Weltwirtschaft in die Knie. Die Folgen: Das Angebot gerät ins Stocken, weil die Lieferketten teilweise unterbrochen sind. Gleichzeitig kommt es zum Nachfragerückgang.

Dieser synchrone Angebots- und Nachfrageschock darf nicht zu lange andauern, sonst schlittern Firmen in Liquiditätsnöte und in die Pleite. Die drohende Krise aus der Realwirtschaft würde dann auf die Finanzwirtschaft überspringen. Dieser Gefahr Herr zu werden, ist derzeit Aufgabe der Politik und Notenbanken. Mit billionenschweren Hilfspaketen, temporären Steuersenkungen, noch tieferen Zinsen und Helikoptergeld soll eine tiefgreifende und anhaltende Weltwirtschaftskrise abgewendet werden.

Immerhin: Die nahezu auf der ganzen Welt verordneten Lockdowns wirken. Das Coronavirus verliert global an Kraft. Das Wirtschaftsleben blüht auf, die Grenzen werden schrittweise geöffnet. Es scheint, als komme die Weltwirtschaft mit einem tiefblauen Auge davon. Hoffen wir, dass keine weitere Corona-Welle über den Erdball schwappt oder ein zusätzlicher schwarzer Schwan auftaucht.

In Krisenzeiten wird einem unverblümt vor Augen geführt, wie zentral die Volksweisheit «Spare in der Zeit, so hast du in der Not» ist. Diese Weisheit hat die Schweiz im internationalen Vergleich mustergültig befolgt. Das hilft der

hiesigen Bevölkerung in Zeiten der Corona-Krise. Kredite im Umfang von 57 Milliarden Franken sind schon gesprochen. Laut der Schweizer Grossbank UBS kann sich die Eidgenossenschaft um bis zu 140 Milliarden Franken verschulden, ohne dass ein Verlust der bestmöglichen Bonitätsnote AAA droht.

Reicht das bislang gesprochene Geld, um die Corona-Krise zu überstehen? Nein. Allein für die Kurzarbeitsentschädigung wurden weitere 14 Milliarden Franken bewilligt. Die Corona-Kredite werden nicht genügen, sollte sich das Coronavirus erneut weltweit ausbreiten – aber die Schweiz hat weitere flüssige Mittel, um eine längere ökonomische Durststrecke zu überstehen.

Allerdings: Die Schweizer Wirtschaft ernährt sich primär von der Nachfrage anderer. Die USA, die Europäische Union und Asien liefern das Futter für unsere Unternehmen. Die weltweit aufgelegten Hilfs-Programme sind deshalb vital für unsere Wirtschaft. Schweizerinnen und Schweizer spüren es unmittelbar in deren Portemonnaies, wenn der Konsum global abnimmt. Weniger Konsum bedeutet weniger Ressourcenverschwendung. Es bedeutet aber auch, dass beispielsweise Angestellte der Swiss ihren Job verlieren oder Restaurants schliessen müssen. Deshalb ist es richtig und wichtig, dass Staaten mit der grossen Kelle anrichten. Genauso wichtig ist es, in guten Zeiten Geld auf die hohe Kante zu legen. Die Mehrheit der Staaten hat dies in den letzten Jahrzehnten sträflich vernachlässigt – die Schweiz zählt zum Glück nicht dazu.

«Die Schweizer Wirtschaft ernährt sich primär von der Nachfrage anderer.»

Frédéric Papp,
Finanzexperte



Corona – Gesundheitspolitiker mit dem Kostenröhrenblick im Gegenwind

Kurzfristig wird die Corona-Krise nicht zu höheren Krankenkassenprämien führen. Nach der Krise wird mehr Versorgungssicherheit den Kostenanstieg stimulieren. Und da wir alle etwas ärmer, aber nicht gesünder sein werden, wird der Anteil der Gesundheitsausgaben an den privaten Haushaltsbudgets sprunghaft ansteigen.



Felix Schneuwly,
Gesundheitsexperte

«Der Bundesrat ist aus Vorsicht etwas übers Ziel hinausgeschossen und hat ein grosses Feldexperiment in Sachen medizinische Über- bzw. Unterversorgung geschaffen, das nun vom Obsan ausgewertet wird.»

Felix Schneuwly. Während des Lockdowns waren die Spitäler und die Praxen der Ärzte und Therapeuten aus drei Gründen fast leer:

1. Weil der Bundesrat nicht dringende Untersuchungen und Eingriffe bis am 27.4. verbot;
2. weil die Patienten Angst hatten und zum Teil immer noch haben, in medizinischen Einrichtungen mit dem Coronavirus angesteckt zu werden;
3. weil es seit dem Lockdown weniger Berufs-, Verkehrs- und Sportunfälle gibt. Positiv ist, dass die Intensivstationen für Corona-Patienten auch nicht ausgelastet sind.

Die Corona-Patienten verursachen zwar Zusatzkosten, der grosse Anteil aber sind Kosten für den Aufbau der zusätzlichen Kapazitäten. Diese Vorhalteleistungen werden weder in den ambulanten noch in den stationären Tarifen abgebildet und müssen wohl von den Kantonen finanziert werden, da fast nur öffentliche Spitäler Corona-Patienten behandeln. Und von dem, was die Spitäler für die Behandlung der Corona-Patienten abrechnen, bezahlen die Kantone 55 und die Krankenkassen 45 Prozent.

Der Bundesrat ist aus Vorsicht etwas übers Ziel hinausgeschossen und hat ein grosses Feldexperiment in Sachen medizinische Über- bzw. Unterversorgung geschaffen, das nun vom Schweizerischen Gesundheitsobservatorium (Obsan) ausgewertet wird. Ich sehe zwei mögliche Effekte:

- A Das Verbot für nicht dringliche Untersuchungen und Operationen und die Ansteckungsangst der Menschen führt in der zweiten Jahreshälfte zu einem Nachholbedarf und Kostenschub, weil die verschleppten Diagnosen und Behandlungen nun nachgeholt werden

und viel teurer sein werden, als wenn die Menschen rechtzeitig zum Arzt oder ins Spital gegangen wären.

- B Das Verbot zeigt, wie viel unnötige Medizin vor dem Verbot konsumiert wurde. Und die Menschen machen in der Corona-Krise gute Erfahrungen, wenn sie nicht mit jedem Wehwechen zum Arzt oder in den Spitalnotfall rennen.

Wenn der Effekt B stärker ist als A, werden die Kosten im laufenden Jahr weniger stark steigen als im Vorjahr und die Krankenkassenprämien steigen 2020/2021 nach 2019/2020 zum zweiten Mal seit der Einführung des KVG 1996 praktisch nicht. Falls es entgegen meiner Prognose im laufenden Jahr trotzdem zu einer grösseren Kostensteigerung kommen sollte als im Vorjahr, weil in der zweiten Welle sehr viele Corona-Patienten die Kapazitäten an den Anschlag bringen könnten, haben die Krankenkassen über 8 Milliarden Franken Reserven, um diesen einmaligen Kostenschub zu decken. Damit solche Einmaleffekte nicht voll auf die Prämien durchschlagen, sind Reserven ja da. Wenn der oben beschriebene Effekt B stärker ist als A könnten die Kosten trotz Corona insgesamt sogar sinken.

Zurzeit streiten sich Bund, Kantone und Kassen über die Kosten der Vorhalteleistungen für Corona-Patienten. Dass die Kassen nur für erbrachte medizinische Leistungen bezahlen ist klar. Wenn der Staat die Erhöhung der Kapazitäten anordnet, muss er die Kosten auch tragen. Bund und Kantone sollten sich also rasch über den Kostenteiler einigen.

Wir wissen immer noch relativ wenig darüber, wie sich das Coronavirus (SARS-CoV-2) ver-

breitet. Die Infektionen werden leider schweizweit immer noch nicht stetig und einheitlich an Test-Stichproben gemessen. Deshalb wissen wir immer noch nicht, wie viele Menschen in der Schweiz das Coronavirus haben oder schon hatten. Wir wissen auch nicht, wie viele Menschen schon Antikörper haben und immun sind bzw. wie lange die Immunität hält. Angesichts der dünnen Datenlage und der dramatischen Situation in Norditalien musste man im Februar und März sogar befürchten, dass eine Verdopplung der Kapazitäten für Corona-Patienten vielleicht nicht genügen könnte. Dass die Kapazitäten nie ausgelastet waren, ist also positiv zu bewerten.

Dass wir – ich ebenfalls – trotz [Epidemien-gesetz](#), trotz [Pandemieplan](#) und trotz [Bericht Zeltner](#) so schlecht auf eine Pandemie wie COVID-19 vorbereitet sind, ist eigentlich ein happiges Staatsversagen. Jetzt müssen wir aber zuerst einmal die Krise mit vereinten Kräften überstehen. Entscheide müssen rasch korrigiert werden, wenn sich die Faktenlage ändert. Die Lehren für mögliche nächste Krisen müssen wir ziehen, wenn diese Krise vorbei ist. Das Konkordanzsystem wird auch nach dieser Krise selbst bei schwerwiegenden Versäumnissen nicht dazu führen, dass der Gesundheitsminister den Hut nehmen wird. Und Bauernopfer wird es hoffentlich keine geben. Wir werden uns vielmehr auf die Schultern klopfen und sagen, dass wir die Krise mit weniger Schaden als andere Länder überstanden haben. Den Gesundheitspolitikern mit dem Kostenröhrenblick wird ein steifer Gegenwind entgegen blasen. Weil die Kantone die Behandlung der Corona-Patienten primär öffentlichen Spitälern übertragen haben, wird die Linke die Jagd auf die Privatspitäler wohl in der Westschweiz eröffnen.

Ich hoffe, dass nach der Corona-Krise nicht Ideologien die Gesundheitspolitik noch stärker prägen werden, sondern weiterhin der typisch schweizerische Pragmatismus auf der KVG-Basis mit Eigenverantwortung und Solidarität sowie staatlichen und privaten Gesundheitsinstitutionen im Gleichgewicht. Wer glaubt, sich mit mehr Staat für die nächste Krise rüsten zu müssen, irrt sich ebenso wie jene, die auf mehr Markt setzen. Die nächste Krise wird fast sicher eine andere sein. Deshalb muss Agilität die Kernkompetenz der Krisenstäbe sein, damit man rasch lernt und Fehler rasch korrigiert.

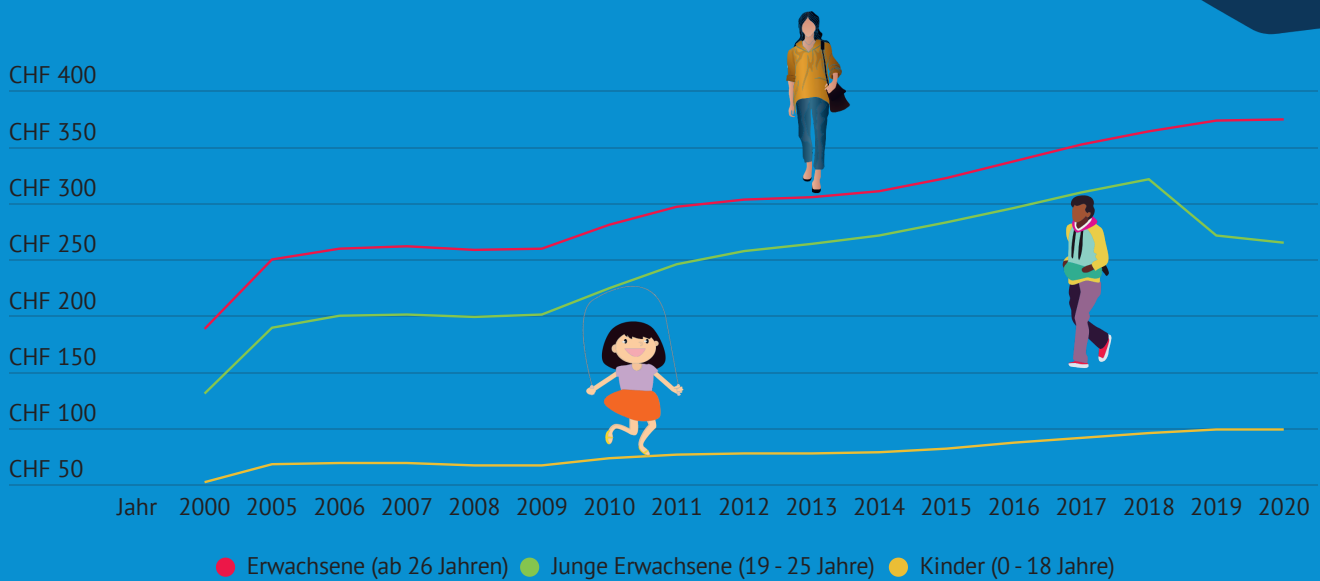
Und immer wenn die Versorgungssicherheit gefährdet ist, blüht das Geschäft der Protektionisten. Die Land- und Stromwirtschaft macht es vor. Auch die Gesundheitswirtschaft wird die Rechnung für mehr Produktion im Inland präsentieren. Aber machen wir uns in der globali-

sierten Welt nichts vor. Wir hatten am Anfang der Corona-Krise zu wenig Testkapazitäten, weil ein Teil des Testmaterials ausgerechnet aus Norditalien hätte geliefert werden sollen und nicht etwa aus China oder Indien wie viele Wirkstoffe in unseren Medikamenten. Und da wir die nächste Krise nicht genau vorhersagen können, wissen wir auch noch nicht, welche Vorräte wir jetzt anlegen müssen. Und Vorräte für alle Eventualitäten kann sich auch die reiche Schweiz nicht leisten, erst recht nicht, wenn sie nach der Corona-Krise etwas ärmer sein wird.

Unabhängig von den Lehren, die aus der Corona-Krise zu ziehen sind, müssen Bundesrat und Parlament mit dem gesundheitspolitischen Mikromanagement im KVG aufhören. Es geht um die Grundsatzfrage Inputsteuerung versus Anreize für wirksame, zweckmässige und wirtschaftliche Medizin (WZW). Nachhaltiger als die

Zulassung von Ärzten, Psychologen etc. zu beschränken oder Kostenziele festzulegen, ist die Operationalisierung von WZW auf Verordnungsstufe und die Umsetzung in den Tarifverträgen. WZW in den Tarifverträgen kann so geregelt werden: Ärzte führen 80 Prozent der Behandlungen nach den aktuellen Richtlinien ihrer jeweiligen Fachgesellschaft durch und haben 20 Prozent Spielraum für begründete Ausnahmen. Die Rechnungskontrolle der Kassen orientiert sich an den ärztlichen Richtlinien. Ärzte und Kassen, die wiederholt die Regeln verletzen, scheidet aus dem KVG-Geschäft aus. Das wirkt mehr als Bussen, die von den Versicherten bezahlt werden, und muss auch für Ärzte, Spitäler etc. gelten, die kaum Qualitätstransparenz schaffen.

Krankenkassen: Die Entwicklung der mittleren Prämien pro Monat



Quelle: Bundesamt für Gesundheit

Tracing-App: Die Schweiz verspielt ihren technologischen Vorsprung

Mit der SwissCovid-App nimmt die Schweiz weltweit eine führende Rolle bei der digitalen Bekämpfung der Ausbreitung von Corona ein. Als weltweit erstes Land wurde bei uns eine App entwickelt, welche auf der von Google und Apple definierten Schnittstelle zum digitalen Contact-Tracing basiert. Sobald die Testphase abgeschlossen ist, besteht die Herausforderung darin, der Bevölkerung die App zu erklären und möglichst viele Leute zu motivieren, die App zu installieren.

Jean-Claude Frick. Nach dem erfreulichen Rückgang der Zahl der Neuinfizierten müssen die Kantone jeden neuen Fall nachverfolgen und so versuchen, die Ansteckungskette zu unterbrechen. Bei diesem zeitaufwändigen Vorgehen kann die geplante Tracing-App wertvolle Hilfe leisten. An der ausserordentlichen Session des Parlamentes verlangte dieses ein eigenes Gesetz zur Tracing-App. Dieses Gesetz legt den Fokus aber weniger auf den Datenschutz – dieser ist durch die Freiwilligkeit der App und dadurch, dass die App als Open Source vorliegt, ohnehin gewährleistet – sondern stellt die Freiwilligkeit ins Zentrum. Damit soll sichergestellt werden, dass die Nutzung der App wirklich freiwillig bleibt. Zum Beispiel sollten Migros oder Aldi nicht bestimmen können, dass nur in den Laden darf, wer die App installiert hat.

An der Sommersession der eidgenössischen Räte wird das Tracing-App-Gesetz beraten und verabschiedet werden können. Ende Mai startete das BAG einen quasi-öffentlichen Test der SwissCovid-App.

Wurde an einer Medienkonferenz noch behauptet, der Test sei nur für ausgewählte Personen gedacht, stellte sich kurze Zeit später heraus, dass es sehr einfach war, die App zu installieren. Dieses Versehen wurde dann zwar korrigiert, zeigt aber die bisher unglückliche Kommunikation des BAG bei der Tracing-App.

Während die Forscher der ETH und EPFL zusammen mit den Entwicklern der Softwarefirma Ubique mit Vollgas die App vorantrieben, konnte

«Die SwissCovid-Tracing-App stellt den Datenschutz an erste Stelle und ist ein wichtiges Hilfsmittel zur Unterbindung von Infektionsketten.»

Jean-Claude Frick, Digitalexperte



die Kommunikation der öffentlichen Stellen mit dem Tempo nicht mithalten.

Sobald Ende Juni die App für alle zum Download bereit steht, muss das BAG als federführendes Bundesamt eine Kommunikationsoffensive starten, um den praktischen Nutzen der App bei der Bekämpfung des Coronavirus zu erklären. Dabei darf gerne auf die Dienste der Kommunikationsagentur zurückgegriffen werden, welche uns seit Monaten die Corona-Massnahmen des Bundesrats erklärt.

Nur durch eine offene und prägnante Kommunikation kann die SwissCovid-App ein Erfolg werden und ihren maximalen Nutzen entfalten. Je mehr Personen die App installieren, umso besser warnt die App vor möglichen Infektionen.

Neben dem Gesetz zur Tracing-App muss die Politik in Bern das Problem lösen, wie eine Lohnfortzahlung bei freiwilliger Quarantäne geregelt werden soll. Sobald die App jemanden auffordert, einige Tage zu Hause zu bleiben, muss sichergestellt werden, dass der Lohn weiterhin bezahlt wird. Ohne diesen wichtigen Baustein

würde sonst die App nur von denjenigen eingesetzt, bzw. die Aufforderung umgesetzt, die es sich leisten können.

Mit dem geplanten Gesetz und der Testphase hat sich die Einführung der App für alle um mehrere Wochen verzögert.

Die Schweiz war bei Konzepten für und der Entwicklung der App weltweit führend. Sie wurde von Anfang an mit dem Datenschutz im Zentrum konzipiert. Selbst Google und Apple haben das Konzept der dezentralen Speicherung von Tracing-Daten übernommen und bauten darauf basierende Schnittstellen in Android und iOS ein. Andere Länder wie z. B. Deutschland sind inzwischen auch auf das «Schweizer Modell» umgeschwenkt. Wenn andere Länder «unser» Konzept einer Tracing-App übernehmen, wird es in Zukunft auch möglich, die App im Ausland zu nutzen und mit Nutzern der ausländischen Apps Daten auszutauschen.

Sowohl für die Politik wie auch die Entwickler bleibt beim Thema SwissCovid-App also noch viel zu tun.

140'000'000'000

140 Milliarden Franken Schulden könnte die Schweiz machen, ohne dass sie die bestmögliche Bonitätsnote AAA verlieren würde. Quelle: UBS.

COMPARIPEDIA

So funktioniert die Schweizer Tracing-App

Die Entwicklung der SwissCovid-App war von Anfang an auf maximalen Datenschutz ausgelegt. Vereinfacht gesagt sucht die App per Bluetooth nach anderen Smartphones mit installierter Tracing-App. Begegnen sich zwei Geräte länger als 15 Minuten mit weniger als 2 Metern Abstand wird ein anonymer Schlüssel ausgetauscht und der Kontakt lokal auf beiden Geräten gespeichert. Wird nun jemand positiv auf Corona getestet, kann er das in der App angeben. Über einen Server des BAG wird der anonyme Schlüssel den anderen Smartphones mitgeteilt und diese vergleichen ihre lokalen Tracing-Kontakte und geben eine Warnung aus. Da der Abgleich der Kontakte lokal auf dem Smartphone passiert, ist der Datenschutz jederzeit gewährleistet, dazu werden die Kontakte auch nach einer bestimmten Zeit gelöscht und es werden keinerlei Bewegungsdaten gespeichert. Auf einem zentralen Server verbleiben dadurch viel weniger Daten als beim zentralen Ansatz, den z. B. Frankreich benutzt – dort werden alle Tracing-Kontakte zentral gespeichert.

IMPRESSUM

Herausgeber: comparis.ch,
Birmensdorferstrasse 108, 8003 Zürich
Design: comparis.ch
Übersetzung: comparis.ch
Reaktionen: media@comparis.ch
www.comparis.ch